

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Der neue Traum ist der Zaun

Israels Politiker setzen auf das Erbe von Ariel Scharon: Sicherheit. Das gilt für die Abschreckung Irans genauso wie für die Abgrenzung von den Palästinensern /

Josef Joffe

Herzlija Seit ein paar Tagen hat Israel wieder einen weiblichen Außenminister - zum ersten Mal seit Golda Meïr, die das Amt fast so lange wie Hans-Dietrich Genscher bekleidete, von 1956 bis 1966. »Golda« war der Typ »jüdische Großmutter«, die einen Tee aufgoss, bevor sie ihre Generäle in den Sechs-Tage-Krieg schickte. Heute, da der iranische Präsident wüste Drohungen gen Israel schleudert, übernimmt Zipi Liwni das Amt. Die 47-Jährige ist die israelische Version der Power-Frau: blond, durchtrainiert, Leutnant der Reserve.

Im Vergleich zu Liwni wirkt Angela Merkel mit ihrem knappen Lächeln geradezu wie eine Unterhaltungskünstlerin. Die gelernte Anwältin versucht ihr Publikum auf der Sechsten Herzlija-Sicherheitskonferenz weder zu charmieren noch zu manipulieren. Ihr Redefluss ist nicht von der hin- oder mitreißenden Art, sondern ein Schwall ohne Punkt, Komma und Absatz, der auf alle rhetorischen Tricks verzichtet, die Wärme oder Witz suggerieren. Ein Ziehkind Ariel Scharons, dessen Karriere vom Mossad an die Spitze des Justizministeriums führte, ist Liwni ganz Business, und just deswegen verkörpert sie einen schier unglaublichen Stil- und Substanzwandel in der israelischen Politik. Keine Illusionen, keine Visionen, sondern Realismus, der von A nach B will. Wie C und D aussehen, erfahren wir (vielleicht) später - zumal wir uns schon mitten

im Post-Scharon-Wahlkampf befinden.

Liwnis Vater Eitan befahl die Untergrundtruppe Irgun, die vom »ganzen Land Israel« träumte, die Tochter redet von »Konzessionen« und von der »Zeit, die gegen Israel arbeitet«, von »permanenten Grenzen, hinter denen es keine Siedlungen mehr geben wird«. Sie redet von einem »jüdischen Jerusalem«, was ganz vorsichtig die »ewig ungeteilte Hauptstadt« ablöst, also vage einen palästinensischen Regierungssitz in der seit 3000 Jahren umkämpften Stadt einschließt. Natürlich habe das »Volk Israel ein nationales und historisches Recht auf das Land Israel«, dozierte sie jüngst, »aber wir werden einen Teil davon aufgeben müssen, um eine jüdische Mehrheit zu bewahren«.

Hinter solchen Formeln verbirgt sich eine schleichende Revolution der israelischen Politik - oder genauer: eine Verschiebung des Diskurses wie auch der Kräfte, die Ariel Scharon im November in seiner neuen Partei Kadima (»Vorwärts«) gebündelt hat. Dass die Meinungsforscher ihr auch nach dem politischen Tod des »Löwen Gottes« (deutsch für Ariel) die Vorherrschaft in der künftigen Knesset weissagen, zeugt von der Dauerhaftigkeit der neuen Ordnung.

Kadima ist weder links noch rechts, weder friedensbeseelt noch von »Groß-Israel« besessen. Die Partei verkörpert ein Paradox

postmoderner Politik. Der Kommentator der Tageszeitung Ha`aretz, Aluf Benn, beschreibt es so: Einerseits sei der ideologische Schwerpunkt des Wahlvolkes nach links gerutscht - gestritten werde nicht mehr um das Ob des Rückzuges, sondern nur noch um das Wie, also um den Verlauf der neuen Grenzen. Gleichzeitig aber habe sich der Diskurs nach rechts verlagert. Nicht einmal die klassische Linke glaube mehr an einen raschen Ausgleich, geschweige denn an einen Frieden mit den Palästinensern. Oder so: Das Wörtchen »Frieden« ist im nationalen Gespräch durch das Lösungswort »Grenzen« ersetzt worden.

Kein Wunder, dass auch der neue Führer der alten Linken, der Arbeitspartei von Ben Gurion und Rabin, diesen Stimmungswandel verkörpert. Amir Peretz sieht aus wie ein junger Stalin und redet wie Oskar Lafontaine: höhere Renten, Löhne und Bildungsausgaben, aber »keine neuen Steuern«. Er wünscht seinem Erzfeind Scharon rasche Genesung und hangelt sich dann am neuen Konsens entlang. Wie Liwni beschwört er die »Zeit, die gegen uns arbeitet«, derweil er »Groß-Israel« als »Illusion« verhöhnt. Doch einen Frieden, den er vor kurzem noch binnen eines Jahres zu erreichen gedachte, sieht er allenfalls 2010 am Horizont auftauchen. Wie die Kadima-Leute spricht er lieber von Disengagement und der »kompletten Trennung von den Palästinensern«, von »zwei

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Staaten für zwei Völker«. Der Sicherheitszaun muss bleiben, und zwar entlang einer Linie, die sich mit »israelischen Sicherheitsbedürfnissen deckt«. Das heißt: Der Zaun wird diese oder jene strategische Position und die großen Siedlungsblöcke schützen, die just jenseits der alten Grenze liegen. Alle anderen Siedler werden großzügig kompensiert. Die Risiken des Rückzuges werden ausbalanciert durch bleibende »militärische Überlegenheit«. Dieses Wort würden europäische Linke nicht benutzen.

Und Jerusalem? Die »Hochgebäude« ist die »ewige Hauptstadt«, aber sie muss ihren »jüdischen Charakter und ihre jüdische Mehrheit behalten«. Da ist sie wieder, die neue Sprachregelung, die stillschweigend Bände spricht. Peretz drückt es indirekt so aus: »Warum sollen wir 230 000 Palästinenser (im Ostteil) annektieren und sie mit Sozialleistungen in Höhe von einer Milliarde Schekel (180 Millionen Euro) subventionieren?« Die Botschaft liegt im Nichtgesagten: Wenn Trennung auch in Jerusalem gilt, dann impliziert sie auch einen palästinensischen Regierungssitz in al-Quds, wie die Stadt auf Arabisch heißt.

Dann eine kleine Verbeugung nach links: Anders als die Konkurrenz zur Rechten - Kadima und Likud - betont Peretz »direkte Verhandlungen« mit den Palästinensern. Und wieder zurück nach rechts: »Wir werden nie und nimmer Verhandlungen mit Hamas zulassen, die Israel vernichten will.« Auch ein Altlinker wie Amir Peretz teilt den neuen israelischen Traum. »Groß-Israel« ist zwar längst aus den Köpfen verschwunden, aber »Oslo« und »Camp David«, Begriffe, die für einen

Verhandlungsfrieden mit den Palästinensern standen, sind ebenfalls Vergangenheit. Der neue Traum ist der Zaun, eine Barriere aus Draht, Beton und Sensoren, der besagt: »Wir können nicht mit den Palästinensern, also müssen wir es ohne sie probieren.« Es ist der Traum von der Abkehr, vom Isolationismus auf Israelisch.

Folglich müsse Israel fast alle Siedlungen in Judäa und Samaria aufgeben, bis auf die großen Siedlungsblöcke (just östlich der »Grünen Linie«). Das neue Zauberwort ist die »demografische Sicherheit«. Es beruht auf einer Erkenntnis, die vom Klischee zum Konsens herangereift ist: Ein Israel bis zum Jordan kann nicht sowohl jüdisch als auch demokratisch sein. Entweder wird es zum Apartheid-Staat, in dem eine jüdische Minderheit über eine arabische Mehrheit herrscht. Oder es gilt das demokratische Prinzip - one man, one vote -, das wiederum das Ende eines jüdischen Staates bedeutet.

Dieses Dilemma wollte die alte Rechte unter Menachem Begin und, ja, Ariel Sharon, nie sehen. Nur ist die alte Rechte nach dem Auszug der Kadima-Brigade heute auf den Likud des Benjamin Netanjahu zusammengeschrumpft, dem die Wahlforscher etwa 20 Sitze in der neuen Knesset (ein Sechstel) voraussagen. Doch auch Netanjahu ist heute - mehr gezwungen denn geläutert - Teil des neuen Konsenses. »Bibi«, Ministerpräsident von 1996 bis 1999, gibt nicht mehr den nationalbeseelten Volkstribun, sondern den Garanten der gravitas. »Eretz Israel« (hebräisch für das »ganze Land Israel«) ist auch aus seinem Vokabular verschwunden. Er attackiert die Renegaten, die zur Kadima desertiert sind, nicht mit prinzipiellen, sondern taktischen

Waffen, die nicht gegen das Ob des Rückzugs, sondern das Wie gerichtet sind.

Sie werden ihm bei den Wahlen am 26. März nicht helfen, es sei denn, Hamas und der von Iran unterstützte Islamische Dschihad inszenieren wieder, was sie am besten können: mit einer Terrorwelle im Wahlkampf die Falschen (aus ihrer Sicht: die »Richtigen«) an die Macht bomben. Hält Hamas still, wird der neue Premier wie der alte heißen: Ehud Olmert, der blässliche Erbe Scharons.

Olmerts Devise lautet: Unilateral, wenn wir müssen, bilateral, wenn wir können - und dies im Namen der »demografischen Sicherheit« für einen »jüdischen Staat«. Seine Regierung tut aber alles, um den alten Erzfeind Fatah, die Partei des Palästinenserpräsidenten Abbas, zu stärken (ebenso wie Washington, das der Fatah Wahlkampfgelder zukommen ließ). So sprach Olmert am Vorabend der Palästinenserwahlen das magische Wort aus: »Die Palästinenser können einen unabhängigen Staat mit temporären Grenzen haben; alle Streitpunkte legen wir später in Verhandlungen bei.« Einen Staat hier und heute - den hat noch kein israelischer Premier je angeboten. Die Bedingung? »Der Terror muss vollständig gestoppt werden.« Dann, auch das ein neuer Ton, »werden wir nachbarschaftliche Beziehungen zueinander haben«.

Fazit: Die Revolution, die sich unter Sharon abzuzeichnen begann, wird zur Staatsräson: zwei Länder für zwei Völker. Das Prinzip ist etabliert, jetzt geht es nur noch um den Preis, also den Verlauf der Grenze. Neben Software, High Tech und Waffen ist das Zeichnen von Landkarten praktisch zur

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

viertgrößten Industrie Israels avanciert. Kein Think Tank, der nicht täglich eine neue Karte entwirft. Es geht um ein paar hundert Meter hier, um ein paar Kilometer dort. Das kriegen die Palästinenser, das behalten die Israelis - aber im Austausch für diesen oder jenen Landstrich im Kernland. Das Feilschen darf den Krieg ersetzen.

Die tragische Ironie ist, dass die Palästinenser fast alles, was heute in der Waagschale liegt, schon 2000 in Camp David hätten haben können - aber ohne die 1000 Toten auf der israelischen und die 3000 auf der eigenen Seite. Was ist heute anders? Damals hatte Jassir Arafat den Terrorkrieg losgetreten, um einen besseren Preis

herauszuschlagen, heute hält Hamas, die mächtigste Terrortruppe, still, ja redet plötzlich davon, die programmgemäße Vernichtung des Staates Israel zugunsten der eigenen Staatsgründung auf die nächste Generation zu verschieben. Auch hier zeichnet sich im hundertsten Jahr des jüdisch-arabischen Krieges eine Art Revolution ab - das Phänomen der »pragmatischen Fanatiker«.

Doch wäre der Nahe Osten nicht der Nahe Osten, wenn nicht plötzlich, da die Zeichen abermals von Blutrot zu Zartgrün wechseln, eine neue Horrorvision heraufziehen würde. Diese ist ein atomar bewaffneter Iran, der droht, Israel »auszuradieren«. Im Vergleich zu

diesem Feind wirken Hamas und Terrorgenossen fast wie die Qual von gestern. » Israel ist nicht hilflos«, sagt Stabschef Dan Chalutz. » Wenn wir hier ein Problem bekommen, werden wir es lösen.« Wie, das sagt er nicht. Ebenso wenig wie Benjamin Netanjahu, der seiner Regierung rät: »Leise Sprache, dicker Knüppel.« Ein Land, das einen solchen Knüppel - im Strategiejargon: eine Zweitschlagskapazität - besitzt, kann in der Tat gelassen reagieren.

Israels amtierender Premierminister Ehud Olmert